

Sektion Soziale Probleme und Soziale Kontrolle

in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)

Axel Groenemeyer

Technische Universität Dortmund
Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie
Emil-Figge-Str. 50, 44227 Dortmund
+49 0231 755-2168
axel.groenemeyer@uni-dortmund.de

Mitteilungen Nr. 1/2012

Dezember 2012

Inhalt

1. Stellenangebote
2. Tagungen der Sektion 2013
3. Tagungshinweise und Calls for Papers
4. Die Zeitschrift Soziale Probleme

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In diesem zu Ende gehenden Jahr 2012 war die Sektion mit vier Tagungen außergewöhnlich aktiv und präsent.

Zunächst hatten wir in Frühjahr eine Tagung gemeinsam mit der Sektion Jugendsoziologie zum Thema „**Jugend als soziales Problem – Probleme der Jugend**“, die mit über 70 Teilnehmern und Teilnehmerinnen sehr gut besucht war. Leider wurde die Tagung überschattet durch den plötzlichen Tod von Jürgen Mansel, der die Tagung in Bielefeld im Wesentlichen vorbereitet und organisiert hatte. Der Sprecher und die Sprecherin der beiden Sektionen haben die Tagung dann dem traurigen Anlass entsprechend als eine Gedenkveranstaltung für Jürgen Mansel durchgeführt. Die Beiträge werden in einem Gedenkband zu Ehren Jürgen Mansels im Sommer bei Juventa veröffentlicht.

Ebenfalls im Frühjahr haben wir gemeinsam mit der Sektion Stadtsoziologie die Tagung „**Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen**“ in Hamburg

organisiert und durchgeführt. Ein ausführlicher Tagungsbericht wurde in der *Soziologie* (Heft 4/2012, S. 511-516) veröffentlicht.

Schließlich war die Sektion im Herbst auf dem Soziologiekongress in Bochum mit zwei Sitzungen präsent. Zum Generalthema des Kongresses passend befasste sich die Tagung „**Kulturen der Toleranz**“ mit einer grundlegenden Voraussetzung für das Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften oder durch kulturalisierte Differenzen geprägte moderne Gesellschaften.

Eine zentrale Fragestellung der Sektion wurde in der zweiten Sitzung mit dem Thema „**Empirische Forschungen zu Problematisierungsprozessen**“ behandelt. Besonders diese Sitzung am Freitagmorgen stieß auf sehr großes Interesse, was von uns als Indikator gewertet wurde, dass dieses Thema nach wie vor hoch aktuell ist, auch und vielleicht gerade weil die Debatten um Objektivismus und Konstruktivismus nun endlich der Vergangenheit angehören und sich wieder verstärkt substantiellen soziologischen und empirischen Analysen dieser Fragestellung gewidmet wird.

Nach dem Kongress ist vor dem Kongress.

Die Sektion organisiert im Herbst 2013 eine Tagung gemeinsam mit der *Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie* (GiWK) und der *Kommission Sozialpädagogik* in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft zum Thema **Devianz als Risiko** (siehe Punkt 2.) Ich möchte die Sektionsmitglieder dringend einladen sich an dieser Tagung mit einem eigenen Referat zu betei-

ligen. Es werden zu einzelnen Schwerpunkten des Themas sowohl Plenumsveranstaltungen mit eingeladenen Referenten und Referentinnen als auch Arbeitsgruppen geben. Eine Veröffentlichung der Beiträge ist geplant.

Was die Mitgliederentwicklung angeht, so hat die Sektion nach wie vor und auch im Jahr 2012 wieder Zuwachs bekommen und wiederum eine Reihe neuer (zahlender) Mitglieder bekommen. Es existiert bereits jetzt eine Rubrik auf der Homepage der Sektion, auf der Sie alles Nötige finden, was Sie brauchen, um Mitglied der Sektion zu werden bzw. auf die Sie verweisen können, wenn Sie Mitglieder werben. Die Sektion ist im Internet sichtbar unter: [<http://sektion.soziale-probleme.de>].

In der DGS hat es in Bezug auf die Sektionen 2012 eine Veränderung gegeben. Die Sektionen sind administrativ nun Teile der DGS, was allerdings für die normale Arbeit zunächst einmal keine Auswirkungen zu haben scheint. Die Sektionen der DGS sind keine eigenständigen juristischen Einheiten und dürfen daher keine Satzungen festlegen. Die Sektionskonten werden nun als Unterkonten der DGS geführt und die Sektionen dürfen Gebühren von ihren Mitgliedern verlangen, keinesfalls aber Mitgliedsbeiträge; sie dürfen keine Steuerbescheinigungen über erhaltene Gebühren ausstellen. Gleichwohl haben die Sektionen Mitglieder, die aber nicht unbedingt auch Mitglieder der DGS sein müssen, obwohl es wünschenswert ist. Alles klar?

Immerhin bekommen Mitglieder unserer Sektionen auch einen Rabatt für die Zeitschrift der Sektion „**Soziale Probleme**“ (siehe auch Punkt 4). Die Zeitschrift hat auch im letzten Jahr wieder an Präsenz und Verbreitung gewonnen. Das neue Design und der neue Internetauftritt haben auch den Manuskripteingang deutlich erhöht. Gerade ist (wiederum pünktlich) Heft 2/2012 erschienen.

Schließlich erlauben Sie mir noch etwas Werbung (quasi auch in eigener Sache). Endlich ist 2012 auch das lange erwartete **Handbuch Soziale Probleme** in zwei Bänden erschienen. Zugegeben, es ist nicht ganz billig, aber dafür bekommt man auch 1.600 Seiten und gut 10 Regal-Zentimeter Buch. Falls Sie einen Blick in das Inhaltsverzeichnis werfen möchten:

[[http://sektion.soziale-probleme.de/Buchinformation_Handbuch soziale Probleme.pdf](http://sektion.soziale-probleme.de/Buchinformation_Handbuch_soziale_Probleme.pdf)].

Ansonsten bleibt mir nur noch, Ihnen allen die saisonüblichen Festtagsgrüße zu übermitteln und Ihnen alles Gute für das neue Jahr zu wünschen.

Viele Grüße

Axel Groenemeyer

1. Stellenanzeigen

Am *Lehrstuhl für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Department Heilpädagogik und Rehabilitation* (Anne Waldschmidt) ist zum 1. Februar 2013 für die Dauer eines Jahres eine Stelle als

wissenschaftliche Hilfskraft (m/w)
mit einem Stellenumfang von 19 Wochenstunden

zu besetzen.

Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet umfasst die Mitarbeit an dem von der Europäischen Union geförderten Forschungskonsortium „*Making Persons with Disabilities Full Citizens of Europe – Exploring Options for an inclusive and Sustainable Social Model (DISCIT)*“. In Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus Norwegen, Schweden, Irland, Großbritannien, Italien, Serbien und der Tschechischen Republik, unterstützt durch Behindertenselbsthilfeorganisationen, untersucht DISCIT in ausgewählten europäischen Ländern nationale Behindertenpolitiken. Die wissenschaftliche Hilfskraft arbeitet bei der empirischen Datensammlung, -erhebung und -auswertung mit und übernimmt organisatorische Aufgaben. Sie ist verantwortlich für Literaturrecherchen in (inter-)nationalen Datenbanken und betreut die Bibliographie (mittels der Software „Endnote“).

Voraussetzungen

Bewerber/-innen haben ein Universitätsstudium in Politikwissenschaft oder Soziologie auf Diplom-oder Masterniveau absolviert (überdurchschnittlicher Abschluss erwünscht). Sie bieten die Fähigkeit zu eigenverantwortlicher (Team-)Arbeit, die Bereitschaft zu hohem Engagement und ausgeprägtes Interesse an interdisziplinärer und internationaler Forschung in den Feldern Behindertenpolitik, Soziologie der Behinderung, European Studies und Disability Studies. Aufgrund des internationalen Forschungszusammenhangs sind gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift notwendig. Die Möglichkeit zur Promotion im Fach Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies ist gegeben und wird aktiv gefördert.

Abhängig von den verfügbaren Mitteln können Stundenaufstockungen und Vertragsverlängerungen vorgenommen werden.

Bewerbungen schwerbehinderter Menschen sind besonders willkommen. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Bewerbungsschluss ist der 06.01.2013. Aussagekräftige Bewerbungen (nur schriftlich, inklusive wissenschaftlichem Werdegang und Zeugnissen) werden erbeten an den **Lehrstuhl für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies, Frau Prof. Dr. Anne Waldschmidt, Frangenheimstr. 4, 50931 Köln.** Elektronische Zusenden (per E-Mail) können nicht berücksichtigt wer.



Am *Lehrstuhl für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Department Heilpädagogik und Rehabilitation* (Anne Waldschmidt) ist am 1. Februar 2013 für die Dauer von zwei Jahren im Rahmen eines EU-Forschungsprojekts eine halbe Stelle (19,92 Wochenstunden) als

wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (Entgeltgruppe 13 TV-L)

zu besetzen.

Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet umfasst die Mitarbeit an dem von der Europäischen Union geförderten Forschungskonsortium „*Making Persons with Disabilities Full Citizens of Europe – Exploring Options for an inclusive and Sustainable Social Model (DISCIT)*“. In Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus Norwegen, Schweden, Irland, Großbritannien, Italien, Serbien und der Tschechischen Republik, unterstützt durch Behindertenselbsthilfeorganisationen, untersucht DISCIT in ausgewählten europäischen Ländern nationale Behindertenpolitiken vor dem Hintergrund wohlfahrtsstaatlicher Systeme, der Europäischen Union und der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Qualifikationsprofil

Vorausgesetzt werden ein Universitätsstudium (Diplom, M.A.) in Politikwissenschaft oder Soziologie (sehr guter Abschluss erwünscht). Aufgrund des internationalen Forschungszusammenhangs sind fließende Englischkenntnisse in Wort und Schrift unerlässlich. Gute Kenntnisse in Sozial-, Rehabilitations- und Behindertenpolitik, europäisch vergleichender Politikwissenschaft, Wohlfahrtsstaatsanalyse, Soziologie sozialer Bewegungen und/ oder Disability Studies mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt werden erwartet. Bewerberinnen und Bewerber sollten Erfahrungen in (internationalem) Projektmanagement, Organisationskompetenz und Teamfähigkeit mitbringen.

Erwünscht sind ein hohes Maß an Engagement und Kreativität, eine eigenverantwortliche Arbeitsweise und ein ausgeprägtes Interesse an eigener wissenschaftlicher Weiterqualifizierung (Promotion, Postdoc) in den genannten Forschungsfeldern.

Bei Vorliegen der tariflichen Voraussetzungen erfolgt die Vergütung nach Entgeltgruppe 13 TV-L. Abhängig von den verfügbaren Mitteln können Stundenaufstockungen und Vertragsverlängerungen vorgenommen werden.

Bewerbungen schwerbehinderter Menschen sind besonders willkommen. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Bewerbungsschluss ist der 6.01.2013. Aussagekräftige Bewerbungen (nur schriftlich, inklusive wissenschaftlichem Werdegang und Zeugnissen) werden erbeten an den **Lehrstuhl für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies, Frau Prof. Dr. Anne Waldschmidt, Frangenheimstr. 4, 50931 Köln.** Elektronische Zusenden (per E-Mail) können nicht berücksichtigt werden.

2. Tagungen der Sektion 2013

Call for Papers

Tagung:

Devianz als Risiko.

Neujustierungen des Umgangs mit Delinquenz und sozialer Auffälligkeit

Siegen – 19.-21.09.2013

Veranstaltet durch: DGS-Sektion „Soziale Probleme und soziale Kontrolle“ – GIWK – DGfE-Kommission „Sozialpädagogik“

Seit einigen Jahren wird Kriminalität zunehmend als „Risiko“ gedeutet, mit dem Politik, Öffentlichkeit, professionelle Akteure und auch potentielle Opfer umzugehen haben. Eine umfangreiche Debatte setzt sich mit den Folgewirkungen einer entsprechenden Rekodierung sozial auffälligen Verhaltens auseinander. Die Diskussionen laufen auf unterschiedlichen Ebenen und sie folgen verschiedenen normativen Orientierungen zwischen Skandalisierung und Befürwortung. Der Gegenstand der Analyse ist dabei

tendenziell unscharf – eine Unklarheit, die in der Natur der Sache liegt, da Risikozuschreibungen präventiv und expansiv angelegt sind: Alles und jede(r) kann zum Risiko für etwas werden, so dass zwischen Kriminalität und (anderweitigen) sozialen Auffälligkeiten möglicherweise immer weniger unterschieden werden kann. In der Konsequenz wird die Verhinderung von Störungen zu einer umfassenden Maxime institutioneller Akteure; Kriminalitätskontrolle kann ‚total‘ werden.

Einer solchen Entwicklung stehen allerdings vielfältige gegenläufige Prozesse entgegen. Nach wie vor ist der Umgang mit Kriminalität rechtsstaatlich begrenzt, Risiken werden spezifischen (Rand-)Gruppen zugeschrieben und Kontrollmaßnahmen sehr unterschiedlich umgesetzt. Zudem bestehen im Sinne einer Pfadabhängigkeit wohlfahrtsstaatliche Orientierungen und sozialpädagogisch begründete Praxisformen weiter. Es muss deshalb differenziert werden; theoretische und empirische Auseinandersetzungen müssen konkrete Veränderungen und Praktiken in den Blick nehmen. An dieser Stelle setzt die Tagung „Devianz als Risiko“ ein: Es soll auf vier Ebenen analysiert werden, welche Veränderungen und Besonderheiten mit der Wahrnehmung von Devianz als sozialem Risiko verbunden sind. Die folgenden Ebenen werden anvisiert:

Themenbereich 1: Kriminalpolitische Reformtrends (z.B. punitive Tendenzen, Erosionen wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen),

Themenbereich 2: Neujustierung sozialpädagogischer Maßnahmen des Umgangs mit Devianz bzw. Kriminalität (z.B. Präventionsprojekte, neue Kooperationsformen, aber auch neue Sicherheitstechnologien),

Themenbereich 3: Theoretische Entwürfe zu Risiko-Konstruktionen im Kontext von Devianz und Kriminalität,

Themenbereich 4: Konstruktionen von und Umgang mit Risikogruppen (z.B. ‚Gewalttäter‘, ‚Gefährder‘).

Die Tagung findet vom 19. bis 21.09.2013 an der Universität Siegen statt. Vorgesehen sind Einzelvorträge und Arbeitsgruppen. Für beide Formate werden Vorschläge **bis zum 31.01.2013** an die Mailadresse: [dollinger@fb2.uni-siegen.de] erbeten. Sie sollten folgende Informationen enthalten:

- Thema des geplanten Beitrags und Verortung in einem der vier Themenbereiche
- Name des/der Vortragenden und ggfs. der geplanten ReferentInnen
- Kurze inhaltliche Charakterisierung (max. eine halbe Seite)

3. Tagungshinweise / Call for Papers

SGS-Kongress 2013

Kongress der Schweizerischen
Gesellschaft für Soziologie

Ungleichheit und Integration in der Krise

26. – 28. Juni 2013
Universität Bern

www.sgs-kongress2013.unibe.ch

Ungleichheit und Integration in der Krise

Ungleichheit ist eines der zentralen Themen der Soziologie. Seit Karl Marx die enormen sozialen Ungleichheiten zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert beschrieben hat und vor allem ihr Potenzial für gesellschaftlichen Wandel – um es vorsichtig zu formulieren – aufzeigte, wird in der Soziologie diskutiert, wie Ungleichheit entsteht, welche Folgen sie hat und wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft erträgt. Unsere Disziplin hat sich dem Thema in allen sozialen Bereichen angenommen, beginnend mit Untersuchungen zu ungleichen Bildungschancen, ungleichen Arbeitsmarktchancen, ungleichen Einkommensverteilungen, der Ungleichheit der Lebensbedingungen der Geschlechter, ungleicher Gesundheit und Lebenserwartungen – die Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen. Entsprechend viele Kongresse nationaler und internationaler soziologischer Gesellschaften wurden dem Thema gewidmet. Braucht es weitere Kongresse zu diesem Thema? Ist Ungleichheit immer noch ein Problem unserer Gesellschaft?

Die Antwort auf diese Frage dürfte zweifelsfrei positiv ausfallen. Insbesondere die schnelle Folge schwerwiegender Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts lassen befürchten, dass das Thema nicht an Aktualität verliert. Vor allem die Schuldenkrise der europäischen Staaten lässt vermuten, dass sich soziale Ungleichheiten verstärken. Anders als in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs stehen fast alle europäischen Staaten unter dem Zwang der Haushaltssanierung. Davon werden auch staatliche Umverteilungsmaßnahmen zur Dämpfung sozialer Ungleichheiten betroffen sein und es stellt sich die Frage, mit welchen integrationspolitischen Maßnahmen auf die neuen Ungleichheiten reagiert werden kann. Gleichzeitig verschärfen sich nicht nur die Ungleichheiten innerhalb der euro-

päischen Gesellschaften, sondern auch diejenigen zwischen den Staaten, was mit ungünstigen Folgen in Hinblick auf die europäische Einigung verbunden sein dürfte und auch die Schweiz vor neue Herausforderungen stellt.

Die Staatsschuldenkrise trifft die Welt in einer Zeit, in der sich gleichzeitig globale Umweltprobleme und demographische Veränderungen – Überalterung in den Industrieländern und Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern – verstärken. Die ungleichen Auswirkungen der Klimaerwärmung wie auch die ungleichen Entwicklungen des Bevölkerungswachstums werden zu vermehrter Migration führen und den Einwanderungsdruck in die europäische Union und die Schweiz verstärken. Damit stellt sich für die Schweiz wie für andere europäische Staaten die Frage, wie mit Immigration und Integration umgegangen werden kann.

Ungleichheiten – so problematisch sie auch sein mögen – bieten aber auch Potenziale und Chancen. Sie erhöhen die Vielfalt einer Gesellschaft und können Gesellschaften zu neuen Ideen, Innovationen und Wachstum verhelfen. Die Integrationswilligkeit und -fähigkeit wird vor allem auch davon abhängen, wie groß diese Vorteile im Vergleich zu den Nachteilen ausfallen. Der Kongress wird sich im Rahmen der unterschiedlichen inhaltlichen Zugänge der Forschungskomitees sowohl mit den Chancen als auch den Risiken dieser sozialen Veränderungen beschäftigen.

Call for Organizers

Wenn Sie ein Plenum zum Kongressthema organisieren möchten, bitten wir Sie um Einreichung des Plenumstitels sowie der Plenumsbeiträge mit Titel, Abstract und Namen der Referenten bis am 15. Januar 2013 an: sgs-kongress2013@soz.unibe.ch. Ein Plenum beinhaltet in der Regel drei Beiträge.

Weitere Informationen zum Kongress gibt es auf der Homepage: <http://www.sgs-kongress2013.unibe.ch>.



Call for Papers

Instructions

Authors are invited to submit their abstract either to the general session (open) or any specific session. Please submit each abstract only to one session. After abstract evaluation, coordinators will have the chance to transfer papers between sessions where applicable.

Abstracts should not exceed 1750 characters (including spaces, approximately 250 words). Each paper session will have the duration of 1.5 hours. Normally sessions will include 4 papers.

Abstracts can only be submitted online no later than 1st of February 2013 to the submission platform at:

[\[http://www.esa11thconference.eu\]](http://www.esa11thconference.eu). Abstracts sent by email cannot be accepted.

The information requested during abstract submission include: 1) name(s), affiliation(s) and email of all the author(s); 2) contact details of presenting author (postal address, and telephone in addition to email); 3) title of proposed presentation; 4) up to 4 keywords (optional).

Submitting authors will receive an email of acknowledgment of successful submission receipt. Abstracts will be peer-reviewed and selected for presentation by the relevant Research Network or Research Stream; the letter of notification will be sent by the conference software system in early April 2013. Each author cannot submit more than two abstracts (as first author).

Abstract submission deadline: **1. February 2013**

Abstract submission platform:

[\[http://www.esa11thconference.eu\]](http://www.esa11thconference.eu)

If you have further questions on the conference, please visit the conference website. For information on the Research Networks, visit:

[\[http://www.europeansociology.org\]](http://www.europeansociology.org)

Zwar gibt es keine Sektion *Soziale Probleme und soziale Kontrolle* in der ESA, aber 36 themenspezifische Research Network und einige von diesen dürften für die Mitglieder der Sektion durchaus von Interesse sein.

Der vollständige Call for Papers mit den einzelnen Veranstaltungen der Research Networks kann heruntergeladen werden unter: [<http://www.esa11thconference.eu/call-for-papers>]



Call for Papers

Tagung

Empirische Polizeiforschung XVI: „Polizei und Politik“

Bamberg – 4.-6. Juli 2013

„Polizei“ und „Politik“ haben ihre gemeinsame begriffliche Wurzel im antiken Griechenland und im griechischen Wort polis. Stand dies zunächst für die Stadt, so umfasste der Begriff auch die Verwaltung oder die Vorstellung von einer „guten Ordnung.“ Bezeichnete der frühere NRW-Innenminister Herbert Schnoor die Polizei als „politischste aller Verwaltungen“, sind andere innerhalb und außerhalb der Polizei der Überzeugung, dass die Polizei eigentlich nichts mit der Politik zu tun habe, sondern sich immer nur auf „Recht und Gesetz“ beziehe. Aber da die Politikwissenschaft „Recht und Gesetz“ auch als „geronnene Politik“ versteht und den Verfassungstext mit der Verfassungswirklichkeit konfrontiert, bleibt es bei einem engen Bezug von Polizei und Politik.

Dieser Bezug hat jedoch viele Facetten:

- Der polizeiliche Auftrag ist grundsätzlich politisch bestimmt. Was die Polizei tun soll und in welchem Rahmen dies geschehen soll, wird von der Politik – hier den Innenministerien und Parlamenten – beschlossen. Im Parlament findet auch die politische Kontrolle der Polizei (z.B. in Untersuchungsausschüssen, die sich mit Polizeiskandalen beschäftigen) statt.
- Die Festlegung und Begrenzung polizeilicher Kompetenzen, sei es z.B. zum Datenaustausch mit anderen

Behörden oder die Regelungspraxis für den „finalen Rettungsschuss“ findet im politischen Raum statt.

- Die Polizeipolitik regelt aber nicht nur den polizeilichen Auftrag, sondern zudem wird über die Aufbauorganisation, das Personal und die Ausstattung befunden. Die Auseinandersetzungen um Organisationsreformen innerhalb der Polizei oder personelle und materielle Ressourcen sind Legende.
- Die politische Beeinflussung konkreten polizeilichen Handelns steht immer wieder in der Kritik, wenn z.B. Ermittlungen kommentiert werden, die Bewältigung von Groß- und Zeitlagen diskutiert wird, neue Kriminalitätsformen höhere Priorität gewinnen sollen und andere Aspekte als vernachlässigbar interpretiert werden.
- Häufig ist die Polizei als Ausdruck des Gewaltmonopols des Staates auch der verlängerte Arm der Politik, wenn politische Beschlüsse gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Brokdorf, Wackersdorf oder die Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen stehen als Synonyme für diese Konflikte.
- Doch die Polizei ist selbst politischer Akteur bei den angesprochenen Themen. Polizeipräsidenten äußern sich zum Aufgabenkanon, Landespolizeipräsidenten und Inspektoren bereiten Beschlussfassungen der Innenministerkonferenz (IMK) vor, Angehörige der Polizei planen und beschließen auf lokaler Ebene zusammen mit anderen Akteuren über kommunale Sicherheitsarbeit.
- Die Polizeigewerkschaften nehmen zu Fragen der Polizei-, Kriminal- und Justizpolitik Stellung – und zeigen gelegentlich über den engeren Vertretungsauftrag einer Gewerkschaft oder Standesorganisation ein allgemeinpolitisches Selbstverständnis.
- Politische Parteien versuchen sich nicht nur über das Politikfeld „Innere Sicherheit“ sondern auch über spezielle Vorstellungen zur Polizei zu profilieren und zeigen in diesem föderal geprägten Politikbereich unterschiedliche Strategien auf.
- Für die Polizei-Ausbildung stellen sich die Fragen, wie politische Bildung oder politikwissenschaftliche Lehren (Führungs-)Nachwuchs auf dessen Rolle im politisch-administrativen System vorbereiten sollen.

Die XVI. Tagung zur Empirischen Polizeiforschung diskutiert diese und weitere Fragen zum Verhältnis von Polizei und Politik und lädt mit diesem Call for Papers ein, Vorschläge zum Programm einzureichen.

Willkommen sind – wie üblich – theoretisch und/oder empirisch fundierte Beiträge aus den Sozial-, Geistes- und Rechtswissenschaften – aber auch aus dem polizeipolitischen Bereich, z.B. der Gewerkschaften, Fachverbände oder Parteien.

Die Tagungsreihe „Empirische Polizeiforschung“ versteht sich traditionell als Gelegenheit des Zusammentreffens von Polizeipraktikern und Polizeiwissenschaftlern.

Zur Vorbereitungsgruppe gehören Hans-Joachim Asmus (ehem. FH Polizei Sachsen-Anhalt), Bernhard Frevel (FHÖV NRW/Uni Münster), Hermann Groß (HfPV Hessen), Karlhans Liebl (FH der Polizei Sachsen), Thomas Ohlemacher (Polizeiakademie Niedersachsen/Uni Hildesheim) und Peter Schmidt (HfPV Hessen).

Die Tagung findet in Räumlichkeiten des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Bamberg statt. Die Tagungsbeiträge werden in Buchform (Schriftenreihe „Schriften zur Empirischen Polizeiforschung“, Verlag für Polizei-wissenschaft, Frankfurt a.M.) veröffentlicht.

Bitte reichen Sie Ihre Vorschläge in Form von Abstracts (im Umfang von max. zwei Seiten) per E-Mail bis spätestens 31. Januar 2013 ein bei:

hermann.gross@hfpv-hessen.de und

kh-liebl@web.de

4. Die Zeitschrift Soziale Probleme

Es ist bereits mehrfach auf die neue Aufmachung und die neue Homepage der Zeitschrift hingewiesen worden. Besonders möchte ich noch einmal auf die Möglichkeit hinweisen, jetzt auch ältere Beiträge (bis einschließlich Jahrgang 2010) kostenlos herunterzuladen.

Außerdem finden Sie dort Hinweise für Autoren und Autorinnen, die Ihnen die nötigen Informationen liefern, damit Sie uns Ihre Beiträge zur Veröffentlichung schicken.

Das aktuelle Heft 2/2012 ist gerade veröffentlicht mit folgenden Beiträgen:

Soziale Probleme

Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle

23. Jahrgang 2012, Heft 2

Inhalt

Warum es sich lohnt, Alltagstheorien zum Strafen ernst zu nehmen. Zur Vermittlung zwischen autoritären Einstellungen und Strafverlangen <i>Kurt Mühler und Christian Schmidtke</i>	133
Bestrafen wir Erkan härter als Stefan? Befunde einer experimentellen Studie <i>Ulrike Häßler und Werner Greve</i>	167
Hafterleben von Frauen mit Kindern. Eine qualitative Fallstudie <i>Mechthild Bereswill und Julia Hellwig</i>	182
Der Kampf um Anerkennung in Gewaltkarrieren von Mädchen <i>Claudia Equit</i>	216
Die Vernachlässigung langfristiger Folgen in der Entscheidung zu abweichendem Verhalten. Entwicklung und Gütekriterien einer neuen Messung von Selbstkontrolle <i>Sonja Schulz und Harald Beier</i>	251

Heft 1/2013 wird als Heft mit dem Schwerpunktthema „**Wirken Strafen?**“ erscheinen. Das Heft wird herausgegeben von Helmut Kury und Albert Scherr und im Frühjahr 2013 veröffentlicht werden.

Wir sind immer auf der Suche nach interessanten Beiträgen. Machen Sie also bitte Werbung, indem Sie auf die Zeitschrift hinweisen, sie auf Ihrer eigenen Homepage verlinken usw. Übrigens kann man die Zeitschrift auch abonnieren mit einem speziellen Rabatt für Sektionsmitglieder.

Näheres auf der Homepage:

[\[http://www.soziale-probleme.de\]](http://www.soziale-probleme.de).